

## Die Reaktion des deutschen Staates auf die Krise 2007-2010

Im Verlaufe der Krise zeigte sich, wie lebensfähig die Nationalstaaten eigentlich tatsächlich noch sind. Dies wurde teils mit Verwunderung, teils als Bestätigung bestehender Meinungen aufgenommen, teils wird aber mit dem Verweis auf die starke Stellung internationaler Organisationen dies wieder relativiert. Kurzzeitig flammten gar Illusionen oder Befürchtungen auf, wir stünden kurz vor der Einführung des Sozialismus... Sei es wie es sein – die Krise zeigte, dass man sich mit der Rolle des Staates neu auseinandersetzen muss, wenn man politisch handlungsfähig sein will.

Für Deutschland muss dabei festgehalten werden, dass in vielen Regionen und sozialen Schichten die Krise keinesfalls als katastrophisches Ereignis wahrgenommen wird. Die Krisenprozesse vollziehen sich in Deutschland immer noch im Hintergrund. Dies hängt mit der Art, in der die Regierung auf die Krise reagierte, zusammen.

### Fünf Phasen

Bei der Reaktion auf die Krise sind in Deutschland unterschiedliche Phasen beobachten.

**Zur 1. Phase.** Zu Beginn der Krise, also 2007, wurde deren Tragweite unterschätzt. Sie wurde in erster Linie als Finanzkrise verstanden. Aus der Sicht der Bundesregierung waren bestenfalls negative Wirkungen aus dem USA-Geschäft einiger Banken zu erwarten. Tatsächlich waren es zuerst öffentliche Banken, die durch die Krise in den USA bedroht wurden. Dieser Einbruch der Krise ausgerechnet über öffentlich kontrollierte Banken kann als Zeichen tiefgehender Veränderungen in der Funktionsweise deutscher Staatlichkeit verstanden werden. Die öffentlichen Banken hatten ursprünglich vor allem den Auftrag, durch ihre Aktivitäten die regionale Wirtschaft zu stützen und eine stabile Finanzierung der Kommunen zu gewährleisten. Dieser Auftrag ist in den letzten Jahren immer mehr in den Hintergrund getreten. Die Verluste der öffentlichen Banken resultierten vor allem aus spekulativen Geschäften mit Derivaten und den Versuchen, auf diesem Wege die Regionalbanken als global agierende Unternehmen zu platzieren.

Aber auch Großbanken, wie die deutsche Bank, die Commerzbank und die Hypo Real Estate waren bereits mit ernsthaften Problemen konfrontiert. Insgesamt jedoch war die Bundesregierung bemüht, die Ausmaße der bereits damals bekannten Probleme zu verharmlosen oder, wie im Falle der Hypo Real Estate, geheim zu halten. Signale aus anderen Branchen hinsichtlich einer bevorstehenden Wirtschaftskrise, wie aus in den USA aktiven Unternehmen der Autoindustrie, wurden ignoriert.

In dieser Zeit wurde auch offensichtlich, dass viele Kommunen begonnen hatten, sich an Spekulationsgeschäften zu beteiligen. Wegen der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen wurde versucht, durch verschiedene Geschäfte auf den Finanzmärkten scheinbar günstige Finanzierungswege für die Kommunen zu sichern. Wir haben es also bereits in dieser Phase mit einer beginnenden Destabilisierung der öffentlichen Finanzen insgesamt zu tun. Weiterhin wird offensichtlich, dass einseitig betriebswirtschaftliches Denken in den öffentlichen Verwaltungen enorm an Bedeutung gewonnen hat.

**In einer zweiten Phase ab Mitte 2008**, wurde zweierlei deutlich: 1. Die tiefe globale Verstrickung auch des deutschen Finanzsystems in die Krise, 2. Dass es sich um eine Wirtschaftskrise, nicht einfach um eine Finanzkrise handelt. Nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers reagierte die Bundesregierung relativ schnell. Sie legte innerhalb von drei Monaten zwei Konjunkturpakete auf und schuf eine staatliche Agentur, die gefährdete Unternehmen unterstützen sollte (SOFFIN- Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung). Die Entscheidungen über die Vergabe von Fördermitteln und Bürgschaften werden von einem kleinen Kreis von Managern und Beamten getroffen. Kontrolliert wird das Gremium von einer Gruppe von Abgeordneten des Bundestages, die aber keine Informationen nach außen tragen dürfen. Damit ist die Kontrolle real wirkungslos. Faktisch begründen die Regelungen der Konjunkturpakete eine weitgehende Dominanz der Exekutive gegenüber den Entscheidungsmöglichkeiten der Legislative. Dies betrifft faktisch alle Ebenen. Auch die Mittel, die über die Kommunen vergeben werden, unterliegen in der Realität meist den Entscheidungen der Verwaltungen. Die Dominanz der Exekutive gegenüber der Legislative ist ein wichtiges Charakteristikum dieser Phase.

Die Krise erfasste nun schon nicht mehr nur den Bankensektor, sondern nach und nach die Automobilindustrie und ihre Zulieferer, die Chemische Industrie, die Logistikbranche und schließlich auch den allgemeinen Maschinenbau.

Beherrschend war in dieser Phase das Bedürfnis, die politische Situation stabil zu halten und soziale Verwerfungen zu verhindern oder weitgehend abzumildern. Mit Subventionen beim Erwerb eines Autos („Abwrackprämie“) und Erhöhungen beim Kindergeld sowie Absenkung von Steuern wurde versucht, die Nachfrage im Inland zu stabilisieren. Außerdem wurde die Zeit des Bezuges von Kurzarbeitergeld verlängert, um einen Anstieg offener Arbeitslosigkeit zu verhindern. Dies alles wurde finanziert durch eine massive Erhöhung der Staatsverschuldung. Diese Politik wurde damit begründet, dass beim Anspringen der Konjunktur so schnell wieder ein hohes Wachstum erreicht werden könne.

Dabei richten sich vor allem die Hoffnungen auf China, das ja mit einem massiven Konjunkturpaket vor allem die eigene Binnennachfrage gestärkt hatte.

Bezüglich des Finanzmarktes beobachten wir in Deutschland in dieser Zeit eine quälend lange Debatte um die Regulierung des Banken- und Finanzsektors. Dies hängt zum Einen mit dem Sachverhalt zusammen, dass im Herbst 2009 Bundestagswahlen stattfanden. Andererseits ist dieser Diskussionsprozess im Zusammenhang mit internationalen Entwicklungen zu sehen. Im Herbst 2008 wurde bereits die Frage nach der Zukunft des IWF gestellt, im Frühjahr 2009 gewann die Diskussion über die Rolle der EU bei Überwindung der Krise an Intensität. Die Differenzen zwischen den Interessen der beteiligten Parteien sind aber so groß, dass bis heute keine tragfähigen Entscheidungen getroffen wurden.

**Die dritte Phase seit Herbst 2009** ist durch eine anhaltende Stagnation der Wirtschaft wie auch der politischen Entwicklung gekennzeichnet. Vor allem die aus der wachsenden Staatsverschuldung und die Krise der Staatsfinanzen mehrerer Mitgliedsländer der EU (vor allem Griechenland) beschränken den politischen und wirtschaftlichen Spielraum beträchtlich. Es bestehen keine fundierten Vorstellungen, wie die Staatsverschuldung jemals abgebaut werden soll. Zwar wird für dieses Jahr ein bescheidenes Wachstum erwartet. Dieses Wachstum ist aber völlig ungenügend, um die für den Abbau der Staatsverschuldung erforderlichen Mehreinnahmen an Steuern hervorzubringen. Dies führt dazu, dass weitere Steuersenkungen in weiten Teilen der Öffentlichkeit als unmöglich angesehen werden. Gleichzeitig spitzt sich die Krise der Finanzen auf der kommunalen Ebene zu. Dies hängt damit zusammen, dass in Folge der Krise Steuereinnahmen drastisch gesunken sind, gleichzeitig aber die Belastungen aus Sozialausgaben wachsen. Selbst Bürgermeister, die den regierenden Parteien angehören, wenden sich nun mit scharfen Protesten gegen die Regierungspolitik auf diesem Gebiet an die Öffentlichkeit. In dieser Phase, so kann man sagen, beginnen die Widersprüche der Krisenbewältigungsstrategie der Bundesregierung offensichtlich zu werden. Die Krisenfolgen wurden durch eine massive Erhöhung der öffentlichen Verschuldung abgemildert, ohne dass erforderliche Veränderungen in der deutschen Wirtschaftsstruktur erfolgt sind. Damit hat die kurzfristige Stabilisierung möglicherweise eine langfristige Destabilisierung zur Folge.

Mit der Krise der Staatsfinanzen in Griechenland, Portugal und anderen EU-Staaten treten wir gerade **in eine 4. Phase** der Antikrisenpolitik ein. Sie fällt zusammen mit einer Erholung

der deutschen Wirtschaft, die exportgetrieben ist. Zwar sind einige Länder der EU, wie etwa Lettland oder Ungarn, bereits seit 2008 hart von der Krise betroffen. Hier sind schon lange dramatische soziale Folgen zu beobachten. Aber mit Griechenland, Portugal und Irland werden Länder von der Krise erreicht, die noch als relativ stabil galten. Vor allem wird damit praktisch, nicht wie bisher theoretisch, die Eurozone in Frage gestellt. Für Deutschland ist diese Frage wirtschaftlich überlebenswichtig. Der größte Teil des Außenhandels wird mit EU-Mitgliedsländern abgewickelt. Die Bundesrepublik muss daher ein enormes Interesse an der Stabilität der Eurozone haben. Das wurde in den Diskussionen bisher oft unterschlagen. Bisher forderte die Bundesregierung, dass jedes EU-Land die eigenen haushaltspolitischen Probleme mit eigenen Mitteln löst. Das bedeutet vor allem, mehr oder weniger laut ausgesprochen, Reduzierung der öffentlichen Ausgaben in den anderen Ländern. Gegen die osteuropäischen Mitgliedsländer wurde das auch weitgehend durchgesetzt. Im Falle Griechenlands ist das offensichtlich nicht ganz so einfach. Der Widerstand gegen die Pläne, den Haushalt durch Reduzierung von Ausgaben für den öffentlichen Dienst usw. zu sanieren und so die Staatsverschuldung abzubauen ist enorm, aber eher passiv. Damit steht aber die politische Stabilität der Eurozone insgesamt auf dem Spiel. Die Vorschläge einer Europäischen Wirtschaftsregierung oder eines Europäischen Währungsfonds würden eine stärkere Regulierungsmacht der EU bedeuten – und dies hat die Bundesregierung bisher immer abgelehnt. Wie diese Auseinandersetzung ausgeht, ist offen.<sup>1</sup>

Im Frühjahr 2010 ist mit der Krise der Staatsfinanzen in Griechenland und kurz darauf in Spanien die Brüchigkeit der Krisenbewältigungsstrategien deutlich geworden. Die Politik der EU wie auch der nationalen Regierungen erweist sich nun als Politik des Aufschiebens der Krisenfolgen, nicht der Krisenüberwindung, als eine Politik der „gestreckten Umverteilung“. So sind auch die Beschlüsse der Koalition zur Haushaltskonsolidierung vom 7. Juni zu sehen. Der EU kommt dabei die Rolle des Katalysators nationaler Politiken zu. In der Politik der EU kommt der ungebrochene Willen der Oligarchie zur Fortsetzung den neoliberal dominierten Entwicklungsweges mit wachsender repressiver Komponente zum Ausdruck; gleichzeitig dient dieser Politik der EU als Legitimierung des Kurses in den einzelnen Ländern. Die durchgängig hohe Staatsverschuldung wird dabei zum entscheidenden strukturierenden Faktor der Formierung der Politik. Dabei dreht sich vieles um die Neubestimmung der Konkurrenzpositionen zwischen den EU-Mitgliedsländern. Genauso aber geht es um die Wahrung der politischen Stabilität bei Verschärfung der Umverteilungsprozesse. Die hohe Staatsverschuldung hat die Handlungsfähigkeit des

---

<sup>1</sup> Die Beschlüsse des EU-Gipfels vom Juni 2010 sind dabei ein Zwischenergebnis. In welchem Maße sich welche Positionen durchsetzen werden, noch unklar. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/eugipfel238.html>

Staates eingeschränkt und dafür anfälliger für selbst leichte Störungen gemacht. Das einzige Steuerungsinstrument ist zunehmend – Gewalt. Die wird aber nur akzeptabel in den Massen, wenn sie durch nationalistische bzw. „sozialdarwinistische“ Gefühle gestärkt wird so ist die Veränderung der Sprache der Medien in den letzten Monaten ein Indikator für diesen Zusammenhang: Erst gegen Griechenland, dann fast zeitgleich wieder gegen Hartz-IV-Berechtigte wird der Ton gehässig und abwertend. Dies fällt zusammen mit Aussagen der Koalitionsvereinbarung, die auf eine zunehmende Rolle repressiver Instrumente in der Politik hinauslaufen. Insofern stellt die vorgesehene Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen in den Regelungsbereichen SGB II und III das eigentlich entscheidende Ergebnis der Beratungen im Kanzleramt zur Haushaltskonsolidierung am 6./7. Juni 2010 dar. Das zentrale Ergebnis ist die Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen in den Regelungsbereichen von SGB II und III.

Parallel werden diese Beschlüsse auch Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen innerhalb des „herrschenden Blocks“ werden.

Generell sind in dieser Phase sind die in der Krise ihren Ausdruck findenden Probleme weder durch staatliche Interventionen, noch durch Marktberreinigung in der zyklischen Bewegung gelöst. Die Konzentrationsprozesse im Bereich der Banken- und des Versicherungssektors wie auch das Wiederaufleben des Private-Equity und Hedge-Fonds-Geschäftes sind eher Indikatoren für eine Neuverteilung von Macht innerhalb des Finanzkapitals, die keine qualitativen Veränderung der Geschäftsmodelle einschließt. Die Konzentrationsprozesse im Handel<sup>2</sup>, in einigen Sektoren der Automobil-Zulieferindustrie<sup>3</sup> oder die Restrukturierung von General Motors<sup>4</sup> ändern ebenfalls an dieser generellen Einschätzung nichts.<sup>5</sup> Im Rohstoffsektor ist es zwar auch zu Fusionen gekommen, allerdings auch hier nicht zu einer grundlegenden Neuordnung. In Bereichen, wie der Siliziumproduktion, wurden vor dem Hintergrund hoher Preise in den letzten Jahren mit hohem Aufwand neue Kapazitäten aufgebaut, die mit dem Preisverfall sich als Überkapazitäten darstellen.<sup>6</sup> In keinem Sektor, auch nicht im Bankensektor, ist es zu einer signifikanten Kapitalvernichtung gekommen. Die teilweise als Aufschwung interpretierte Entwicklung, die mit enormer Staatsverschuldung in Europa und in den USA verbunden ist, scheint lediglich durch fiskalische Umverteilungsprozesse bedingt zu sein.

---

<sup>2</sup> Die Insolvenz von Arcandor und von Woolworth als größte Insolvenzen der Jahres 2009 – vgl. Wiwo Nr. 24 S. 63

<sup>3</sup> Vgl. Markt bereinigt in Wirtschaftswoche Nr. 24 / 14.6.10 S. 9

<sup>4</sup> <http://www.n-tv.de/wirtschaft/GM-ist-dieses-Jahr-reif-article919669.html> (Stand 13.06.2010)

<sup>5</sup> Näher zu untersuchen ist noch einmal die Entwicklung im Rohstoffsektor, in dem die Konzentrationsprozesse aber weniger durch die Krise selbst, sondern durch langfristige Tendenzen geprägt gewesen sein könnte

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.handelsblatt.com/technologie/energie-technik/preisverfall-silizium-hersteller-verramschen-ihre-ware;2596577> (Stand 18.6.2010)

In den letzten Monaten sind vielmehr neue Widersprüche, die aus der Art der Krisenbearbeitung resultieren, aufgebrochen.

Im Herbst werden wir so in eine **5. Phase** eintreten, die die „Regulierung der Regulierung“ zum Gegenstand haben muss. Die Krisenmilderung durch Staatsverschuldung hat dazu geführt, dass die Macht der Finanzoligarchie konsolidiert wurde. Wie bereits im Herbst 2008 tritt die Bankenlobby unter Führung Joseph Ackermann mit anmaßenden Forderungen in die Öffentlichkeit – diesmal droht sie, die Kosten einer Regulierung des Finanzsektors auf die Kunden zu verlagern. In einer Untersuchung werden die Konsequenzen von höheren Eigenkapitalanforderungen u.a. abgeschätzt.<sup>7</sup> Die FTD titelt etwas weniger diplomatisch: „Banklobby nimmt Kunden in Geiselhaft“ (11.06.2010, S.17) Deutlich wird in diesen Lesarten, dass tatsächlich ein tiefer Interessenwiderspruch im Finanzkapital liegt: das gegenwärtige Akkumulationsregime der Wirtschaft insgesamt hängt in erheblichem Maße eben von freier Kapitalbewegung ab – also von einer der Ursachen der Krise. Strengere Regulierung an einer Stelle dieses Systems bedeutet in der Konsequenz auch die Notwendigkeit von Veränderungen der Geschäftsmodelle in der sog. „Realwirtschaft“. Das ist der Hintergrund für das Zögern und Schwanken.

Gleichzeitig ist mit dem Ausmaß der Staatsverschuldung auch klar, dass eine Entwertung des überakkumulierten Kapitals nur aufgeschoben ist. Der Zustand der Regierungskoalition ist Ausdruck der Suche nach dem richtigen Weg, also einem Weg, der den konsolidierten Kräfteverhältnissen entspricht. Die Zahl der Reichen wächst wieder und die Verluste der vergangenen Jahre sind wett gemacht.<sup>8</sup>

## Stärken und Schwächen

Worin bestanden nun zusammenfassend die Stärken und die Schwächen der Reaktionsweise des deutschen Staates auf die Wirtschaftskrise? Insgesamt lässt sich sagen, dass die Politik weitgehend die krisenauslösenden Faktoren reproduziert, nicht beseitigt hat.

---

<sup>7</sup> „The commonly expressed view is that whatever economic implications may result from implementing these reforms, they are a “cost worth paying” both to reduce the likelihood of future crises, and the whole economy costs of whatever future crises do occur. This may indeed be true, and it is certainly not the objective of this report to resist the fundamental case for deep-seated reform1. Rather, our objective is to put a firmer number on what that “cost worth paying” may turn out to be, measured in terms of gross domestic product (GDP) and jobs foregone. We do not address the benefits of reform, which can probably best be measured in terms of stability gains.“ Interim Report on the Cumulative Impact on the Global Economy of Proposed Changes in the Banking Regulatory Framework. Institute of International Finance, June 2010.(unter <http://www.iif.com/download.php?id=i/Q+9bBo/j8=> )

<sup>8</sup> <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Reichen-geht-es-wieder-gut-article917263.html> (Stand 13.06.2010) Boston Consultig Group Regaining Lost Ground Global Wealth 2010 S. 5 <http://209.83.147.85/publications/files/BCGRegainingLostGroundShortJun2010.pdf>

Die Stärken der Reaktionsweise der Bundesregierung bestanden in

- einer immer noch starken Staatlichkeit, Durchsetzungsfähigkeit von bestimmten Entscheidungen
- einem trotz aller Veränderungen noch integrationsfähigem Sozialstaat
- den noch funktionsfähigen Formen korporatistischer Konfliktlösung, also der Fähigkeit von Unternehmerschaft, Gewerkschaften und Staat, Kompromisse zu finden. Das führte zu einer weitgehenden Akzeptanz der gefundenen Kompromisse in breiten Teilen der Bevölkerung.

Die Schwächen dieser Politik sehe ich in Folgendem

- die Politik hat nicht konsequent an den tatsächlichen Krisenursachen angesetzt – es wurde kein konsequenter Abbau der Überkapazitäten betrieben und auch keine konsequente Regulierung des Finanzmarktes durchgesetzt. Es wurde keine konsequente Strukturpolitik betrieben, um die Krise wirklich als Chance eines strukturellen Wandels zu nutzen. Die Erneuerungspotenziale sind letztlich bei den Großkonzernen monopolisiert. Diese sind aber nicht an schnellen Veränderungen interessiert. Kleine und mittlere Unternehmen werden nicht in erforderlichem Umfang unterstützt, damit sie neue Produkte und Verfahren wirklich an den Markt bringen zu können. So muss konstatiert werden, dass selbst im Rahmen des gegebenen Entwicklungsmodells die Lösung der Krise beständig verschleppt wird.
- die oben genannten Stärken befinden sich in Erosion. Der sozialstaatliche Kompromiss wird seit Beginn der 2000er Jahre immer wieder in Frage gestellt. Politische Entscheidungen werden zunehmend durch einseitig betriebswirtschaftliche Sichtweisen und Normen auf der einen und einen sinkenden Wert des Sozialstaates für große Teile der Eliten charakterisiert.
- die strikte Exportorientierung. Die Antikrisenpolitik der Bundesregierung geht davon aus, dass im Grundsatz der Export weiter die entscheidende Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands darstellen wird. Es wird nicht wahrgenommen, dass China z.B. mit den konjunkturpolitischen Maßnahmen Veränderungen der eigenen Wirtschaftsstruktur vorgenommen hat. Deutschland hat dies nicht getan. China tritt zunehmend als ernstzunehmender Konkurrent deutscher Unternehmen, etwa im Bereich der Umwelttechnologien, auch auf dem europäischen Markt, in Erscheinung. Damit verliert aber die deutsche Exportstrategie ihre Basis.
- die Schwäche des deutschen Binnenmarktes. Dabei spielen zwei Faktoren eine wichtige Rolle: erstens, die weitgehende Stagnation, z.T. das Sinken der Realeinkommen und zweitens die Krise der Kommunalfinanzen. Das Sinken der

Realeinkommen hängt vor allem auch mit der kontinuierlichen Ausweitung von prekären Arbeitsverhältnissen (befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitarbeit, Leiharbeit) und dem Abbau bestimmter sozialer Leistungen zusammen. Die krisenhafte Entwicklung der Kommunalfinanzen führt dazu, dass Kommunen immer weniger in der Lage sind, zu investieren oder auch notwendige Instandhaltungsmaßnahmen in der Infrastruktur durchzuführen. Die Versuche, in den Konjunkturpaketen eine Stärkung des Binnenmarktes zu erreichen, waren nur auf die konsumtive Nachfrage, nicht auf die Stärkung der binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen gerichtet.

- fortschreitende soziale Desintegration, damit sinkende gesellschaftliche Kompromissfähigkeit
- die Privatisierung öffentlichen Eigentums hat die Kompetenz und die Regulierungsfähigkeit des Staates geschwächt
- die enorme Staatsverschuldung schränkt die Handlungsfähigkeit der Regierung mehr und mehr ein. Ebenso bedeutet die Finanzkrise der Kommunen, dass auch auf der lokalen Ebene die Spielräume für aktive Politik geringer werden
- Privatisierung sozialer Sicherung und Stärkung des Zwangs zur kapitalgedeckten Absicherung vor allem des Lebens im Alter stärkt die Finanzmärkte und die direkte Abhängigkeit weiter Teile der Bevölkerung von ihnen
- Die Krise war nicht verbunden mit einer Stärkung von demokratischen Verfahren und Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungsprozessen. Im Gegenteil – durch die Art und Weise, wie die Konjunkturpakete zustande gekommen sind und wie die Mittel verteilt werden, wurde die Exekutive gegenüber der Legislative und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gestärkt. Gleichzeitig wird derzeit versucht, unter dem Vorwand des Bürokratieabbaus auch bestehende Formen der Bürgerbeteiligung einzuschränken.

## Perspektiven

Diese Gegenüberstellung von Stärken und Schwächen deutet darauf hin, dass sich keine sichere Prognose über die weitere Entwicklung der bundesdeutschen Staatlichkeit geben lässt. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Bundesregierung zeigen, dass im Kern die Frage nach der Zukunft der Sozialstaatlichkeit, also zentrale gesellschaftsstrategische Entscheidungen, noch offen sind. In der Krise sind diese Diskussionen schärfer geworden, da die Schritte der Krisenlösung, wie oben dargestellt, immer wieder und in erster Line die Zukunft des Sozialstaates berührte. Die zweite wichtige Variable ist die Frage nach dem Charakter der Demokratie in Deutschland. Sozialstaat und Demokratie sind aber zwei der



wichtigsten Legitimationen des politischen Systems der Bundesrepublik. Ihre Erosion kann zu weitreichenden Folgen auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit führen. Da, wie dargestellt, die wirtschaftlichen Schwachpunkte Deutschlands nicht konsequent überwunden wurden, sind grundsätzliche Entscheidungen unabdingbar.

Stellt man all dies in Rechnung und betrachtet man das Profil der politischen Elite in Deutschland, so zeichnen sich drei Richtungen zukünftiger Entwicklung ab:

- eine Politik, die durch eine gezielte Inflation die Frage der Staatsverschuldung versucht zu lösen und davon ausgehend eine Belebung der Wirtschaft versucht zu erreichen;
- eine Politik, die auf eine Sanierung des Staatshaushaltes durch weitere harte soziale Einschnitte und schmerzhafteste Steuererhöhungen (vor allem der Umsatzsteuer) gerichtet ist
- eine Politik, die auf eine Streichung (oder faktische Streichung) der Staatsschulden orientiert.

Alle diese Varianten schließen außerordentliches Konfliktpotenzial ein. Die tatsächliche Entwicklung wird sicher verschiedene Elemente dieser drei Szenarien einschließen.

Alternativen zu diesen Tendenzen sollten an folgenden Punkten ansetzen:

1. Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, d.h. die Anwendung bereits bekannter und die Entwicklung von neuen Beteiligungsverfahren, die Entscheidungsprozesse transparent und öffentlich machen und die den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbare Beteiligungsrechte einräumen; die repräsentative Demokratie muss durch Elemente direkter Demokratie erweitert werden und so eine neue Qualität erlangen; dies betrifft vor allem die Demokratisierung von Haushaltspolitik.
2. Demokratisierung in der Wirtschaft. Dazu gehört ein starker öffentlicher Sektor, auch im Bankensystem, sowie die Stärkung genossenschaftlicher Formen des Wirtschaftens. Öffentliche Unternehmen müssen gleicher demokratischer Kontrolle unterliegen, wie dies für politische Entscheidungsprozesse schon skizziert wurde.
3. Strikte Kontrolle des Finanzmarktes, einschl. des Verbotes von Verbriefungsgeschäften.
4. Aktive staatliche Strukturpolitik, d.h. die Gestaltung zukunftsfähiger wirtschaftlicher Strukturen durch aktive Intervention des Staates, also Beteiligungen oder staatliche Unternehmen. Sie muss orientiert sein auf die Entwicklung nachhaltiger, eine globale ökologische und soziale Konversion unterstützender Wirtschaftsstrukturen, entsprechender Verfahren und Produkte.

5. Eine konsequente Politik der Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen. Im Rahmen einer aktiven staatlichen Strukturpolitik muss eine ausgeglichene Entwicklung der Regionen erreicht werden, durch die die Exportabhängigkeit zurückgefahren wird. Gleichzeitig werden damit Ansatzpunkte geschaffen, um die sich zuspitzende Umweltkrise angehen zu können.
6. Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und Rücknahme aller Privatisierungen auf diesem Gebiet.

Notwendig ist aber auch, einen kulturellen Umschwung in der Gesellschaft zu erreichen. Die Krise konnte in dieser Weise ausbrechen und sich entwickeln, weil wir mit der Herrschaft eines durch den Neoliberalismus geprägten Menschenbildes konfrontiert sind. Obwohl in Deutschland sicher ein ökologisches Bewusstsein existiert, kann so von einer nachhaltigen Lebensweise nicht die Rede sein. Um aber die Krise in ihrer Komplexität und in ihrer Globalität lösen zu können, ist eine Veränderung sowohl der Produktions- wie auch der Lebensweise gleichermaßen erforderlich. Auf diese Dimension konnte in dem Beitrag aus Zeitgründen nicht eingegangen werden. Wir gehen davon aus, dass dem Menschenbild des Neoliberalismus, des sich selbst vermarktenden Menschen, eines des solidarisch handelnden Menschen entgegengesetzt werden muss. Die hier nur angedeuteten Richtungen einer alternativen Krisenlösung bündeln sich in unserem Verständnis in einer Strategie des sozialökologischen Umbaus der Gesellschaft.

März 2010/Juni 2010